



Helmut Landsiedel
Fraktionsvorsitzender

Christina Musculus-Stahnke
stv. Fraktionsvorsitzende

Silke Jürgensen
stv. Fraktionsvorsitzende

Wolf-Dietmar Brandtner
Ratsherr

Presseinformation

Nr. 121/2010 Kiel, 12. Oktober 2010

Finanzpolitik

Entschuldungsfonds löst nicht die strukturellen Probleme - Gemeindefinanzreform und eigene Konsolidierungsmaßnahmen sind notwendig

Zu der Forderung der Oberbürgermeister von Kiel und Lübeck, einen Entschuldungsfonds für Schleswig-Holsteins Kommunen einzurichten, erklärt der finanzpolitische Sprecher und Vorsitzende der FDP-Ratsfraktion, Helmut Landsiedel:

„Ein kommunaler Entschuldungsfonds kann den Kommunen zwar kurzfristig Entlastung verschaffen, er löst aber nicht die strukturellen Probleme. Doch diese sind das Kernproblem. Notwendig ist stattdessen eine Finanzreform, die den Kommunen eine verlässliche Einnahmebasis verschafft, um die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge finanzieren zu können. Es ist daher nach Alternativen zur stark konjunkturabhängigen Gewerbesteuer zu suchen. Folgendes ist dabei maßgeblich:

- Damit es nicht zu höheren Belastungen von einzelnen Einkunftsarten kommt, ist zu prüfen, ob nicht alle Einkunftsarten im Rahmen der Einkommen- und Körperschaftsteuer in Form einer „Bürgersteuer“ mit eigenem Hebesatzrecht für die Kommunen berücksichtigt werden können.
- Um den Ersatz der Gewerbesteuer aufkommensneutral zu gestalten, ist den Gemeinden ein höherer Anteil an der Umsatzsteuer zu gewähren.

Eine derart gestaltete kommunale Finanzreform ist durch die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips zu flankieren. Wer bestellt, bezahlt.

Last but not least haben die Kommunen selbstverständlich auch ihre eigenen Hausaufgaben in Form von verstärkten Konsolidierungsanstrengungen zu machen. Dass hier die Kieler rot-grüne Kooperation immer noch auf konstruktive Vorschläge warten lässt, zeigt allerdings, dass in Kiel in diesem Punkt keine Fortschritte zu erwarten sind.

Auch wenn das Konnexitätsprinzip in der Vergangenheit sträflich missachtet wurde und die Kommunen Leistungen ohne ausreichende finanzielle Zuweisungen umsetzen mussten, machen es sich die Mehrheitsfraktionen hier zu einfach, wenn sie immer wieder nur nach Hilfe rufen, ohne dabei auch vor der eigenen Haustür zu kehren – schließlich ist die finanzielle Misere Kiels auch auf jahrzehntelange finanzpolitische Fehlentscheidungen der Kieler Sozialdemokratie zurückzuführen.“

V. i. S. d. P.

Peter Helm
Fraktionsgeschäftsführer